

1947 fand in der DDR zum ersten Mal am 1. September der „Weltfriedenstag der Jugend“ statt.

1957 folgte in der BRD der erste – auf Initiative von 4 Jugendorganisationen ausgerufene – „Antikriegstag“.

Dieser langen Tradition fühlen wir uns 84 Jahre nach Beginn des vom deutschen Faschismus begonnenen 2. Weltkriegs immer noch und immer mehr verpflichtet.

Darum rufen wir zum 1. September 2023 alle friedliebenden Menschen auf, mit uns auf die Straße zu gehen.



www.frikoberlin.de

V.i.S.d.P.:
Friedenskoordination Berlin
c/o Laura von Wimmersperg
Hauptstr. 37, 10827 Berlin
Tel.+4930-782 33 82
Tel. +49162-196694

info@friko-berlin.de

Spendenkonto: Elisabeth Wissel
IBAN: DE70 6001 0070 0936 1837 08

Wir verlangen von der Regierung:

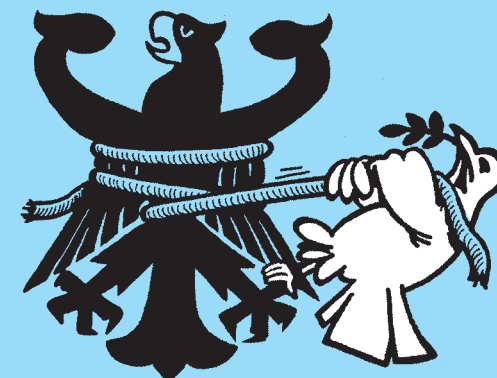
- » Lösen Sie Ihr Wahlversprechen ein, keine Waffen in Kriegs- und Krisengebiete zu liefern, also auch nicht in die Ukraine.
- » Geben Sie der Diplomatie wieder den Vorrang in den internationalen Beziehungen und beenden Sie die verbale Aufrüstung und Ihr Kriegsgeschrei.
- » Hören Sie auf, den öffentlichen Diskurs über Ihre Politik und die Meinungsfreiheit durch Strafandrohung zu behindern.
- » Stoppen Sie die militärische Aufrüstung und nehmen Abstand vom wahnwitzigen Ziel, mehr als 2% des BIP – d.h. mindestens jeden 5. Euro des Bundeshaushalts – für die Bundeswehr auszugeben.
- » Verweigern Sie die Stationierung von US-Atombomben auf deutschem Boden und die nukleare Teilhabe.
- » Beenden Sie die ruinöse Sanktionspolitik.
- » Gewähren Sie allen Geflüchteten die gleichen Rechte, egal woher sie kommen.
- » Handeln Sie endlich nach dem Willen und im Interesse der Menschen, für die Sie mit Ihrem Amtseid Verantwortung und Fürsorgepflicht übernommen haben.

Antikriegstag/ Weltfriedenstag 1. September 2023

**Kriegseskalation
und Aufrüstung stoppen**

Reden statt Schießen

3. Weltkrieg verhindern



**Kundgebung
18.00 Uhr
Neue Wache**

Unter den Linden 4, 10117 Berlin

Antikriegs/Weltfriedenstag

1. September 2023

Der Krieg in der Ukraine nimmt an Unerbittlichkeit zu, mit jedem Tag gibt es mehr Tote, nicht nur auf dem Schlachtfeld, die Menschlichkeit bleibt auf der Strecke, der Hass tritt immer mehr an ihre Stelle und kein Ende ist in Sicht. Nun liefern die USA Streumunition. Eine weitere Eskalation!

Kriegseskalation stoppen!

Internationale Stimmen mehren sich, die darauf drängen, nicht weiter auf einen Sieg zu setzen, sondern auf Waffenstillstand und Verhandlungen. Die Verantwortlichen der waffenliefernden Länder der EU und der NATO wollen das aber nicht hören. Allen voran der deutsche Bundeskanzler.

Waffenstillstand und Verhandeln!

Unsere Regierung müsste schon allein wegen der historischen Schuld, die Deutschland als Verursacher von zwei Weltkriegen trägt, alles dafür tun, sich stark zu machen für diplomatische Lösungen und Deeskalation. Das tut sie nicht. Sie setzt stattdessen weiter auf Waffenlieferungen und eine immer massivere direkte militärische Unterstützung der Ukraine.

Abrüsten!

Nun prescht Verteidigungsminister Pistorius auch noch vor, indem er 4000 bundesdeutsche Soldaten auf Dauer in Litauen stationieren will. Das ist der offene Bruch der NATO-Russland-Grundakte, die als letztes Kooperationsabkommen zwischen Russland und der NATO nach Ende des Kalten Kriegs zumindest noch auf dem Papier besteht.

Schon durch das bewusste Hintertreiben der Umsetzung des Minsker Abkommens hat sich die Merkel-Regierung schuldig gemacht. Die Ampel-Koalition vergrößert diese Schuld mit ihrer aktuellen Kriegspolitik täglich mehr.

Sozialabbau verhindern!

Wenn ihre explosionsartig steigenden Aufrüstungspläne nicht verhindert werden, die schon in diesem Jahr fast 65 Milliarden Euro betragen und in spätestens drei Jahren die 100 Milliarden-Grenze überschreiten, wird sich von 2021 auf 2025 der deutsche Militärhaushalt verdoppelt haben. Damit will Deutschland in Europa zur militärischen Führungsmacht werden. Für diese Pläne hat die Regierung beschlossen, die zivilen Ausgaben zu kürzen: im Sozialen, in der Gesundheitsversorgung, bei Bildung, Kunst und Kultur, bei der Umwelt. All das freut die Rüstungsindustrie. Rheinmetall macht ein Bombengeschäft, sichert sich Aufträge über Jahre und muss nicht mit Verlusten rechnen.

Sanktionspolitik beenden!

Die Sanktionspolitik gegen Russland, die unsere Regierung mitträgt, verschärft die wirtschaftliche Lage in Deutschland drastisch, führt zu Inflation, Reallohnverlust und Deindustrialisierung. Selbst die staatstragenden Medien reden mittlerweile von einer Rezession, die einen Großteil der Bevölkerung weiter in die Armut treibt.

Verantwortung übernehmen!

Nicht nur die eigene Bevölkerung leidet unter der verantwortungslosen Sanktionspolitik der Regierung, sondern diese führt auch im globalen Süden zu Hunger, Elend und Flüchtlingsströmen.

Mit dem neuen Asylabkommen stimmt auch die Ampel-Koalition härteren Grenzkontrollen an den EU-Außengrenzen zu und schiebt damit alle Verantwortung für die auch von Deutschland betriebene brutale neokoloniale Wirtschaftspolitik von sich.

3. Weltkrieg verhindern!